

**POSTULAT** von Jörg Kündig (FDP, Gossau), Martin Farner (FDP, Oberstammheim) und Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

betreffend Umsetzung von Gesetzesvorlagen

---

Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und Massnahmen er gedenkt zu erreichen, dass bei der Einführung neuer Gesetze und Verordnungen den unterstellten staatlichen Führungsebenen die erforderliche Zeit für sorgfältige Vorbereitung und Umsetzung zur Verfügung steht.

Jörg Kündig  
Martin Farner  
Dieter Kläy

Begründung:

Sowohl in der Privatwirtschaft als auch im staatlichen Führungsprozess ist die Zeitplanung von grosser Wichtigkeit. Anerkannt ist dabei das Prinzip, dass pro Führungsebene ein gleicher Anteil der insgesamt zur Verfügung stehenden Planungs- und Vorbereitungszeit zur Verfügung steht. Angewandt auf die staatlichen Ebenen würde das bedeuten: ein Drittel beim Bund, ein Drittel beim Kanton und ein Drittel bei den Gemeinden.

Tatsache ist, dass dieses Prinzip nicht einmal in Ansätzen zur Anwendung kommt. Jüngstes Beispiel ist das Pflegefinanzierungsgesetz. Verabschiedet von den Eidg. Räten am 13. Juni 2008 ist die Einführung auf 1. Januar 2011 im Kanton Zürich vorgesehen. Die Beratung im Kantonsrat findet heute, am 30. August 2010, also mit der Einreichung dieses Postulates statt.

Das Fehlen der notwendigen Zeit auf der untersten staatlichen Ebene führt zu unausgereiften Massnahmen, fördert Fehlleistungen und erhöht das Unverständnis gegenüber der übergeordneten staatlichen Ebene.